



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1892

20.01.1892 - Sitzung Nr.2

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

No. 2.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 20. Januar 1892.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Bischoff, H.	Jacobi, Dr. Johs.
Bitter, C. U.	Meyer, Bernh.
Bulle, Prof. Dr. C. C. H. F.	Schlenker, M. W.
Fitger, C.	Ulrichs, Eduard
Fritz, F. G.	Vietsch, G. F. H.
Gaertner, Georg W.	

Nicht entschuldigt waren folgende Herren:

Bestenbostel, L. W. C.	Fhlder, Carl.
Brauns, Joh. Heinr. Carl.	Funge, Joh. Herm.
Döhle, Joh.	Kaufmann, Carl.
Flemming, Johs.	Kollra, F.
Gottlieb, Christ.	Landwehr, H. W.
Gronau, Hinr.	Loose, B.
Harber, Heinr.	Wieting, C. F. H.
Hartmann, Carl.	

Berichtigung. In der Sitzung vom 6. Januar war Herr H. Bankau anwesend; die Herren Bischoff, Huchting und Gruner waren als entschuldigt aufzuführen.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
I. Mittheilung des Senats vom 11. Dezember 1891:		VI. Mittheilung des Senats vom 8. Januar 1892:	
2. Theer- und Terpentinshuppen am Holz- und Fabrikenhafen	10	1. Nachbewilligung auf das Budget der Quartier- deputation.	
II. Mittheilung des Senats vom 15. Dezember 1891:		2. Revision der Quartierregister.	
3. Gas- und Wasserwerke	10	3. Aenderung der Quartierordnung. (N. z. Verh. gef.)	
III. Mittheilung des Senats vom 1. Dezember 1891:		VII. Mittheilung des Senats vom 14. Februar 1891 und Bericht der Kommission:	
4. Einrichtung eines Polizeidistriktes für den der Stadt angeschlossenen Theil der Dorfschaft Walle. (N. z. Verh. gef.)		Parkallee und Verlängerung der Rembertistraße. (N. z. Verh. gef.)	
IV. Wahl einer Kommission betr. Verbrauchssteuer	21	VIII. Mittheilung des Senats vom 12. Januar 1892:	
V. Mittheilung des Senats vom 5. Januar 1892:		1. Nachbewilligung auf das Budget der Lösch- deputation. Anschaffung einer neuen Dampfpritze.	
1. Finanzbericht über die ersten 8 Monate.		2. Nummerirung der Plätze im Parterre und Amphitheater des Stadttheaters. (N. z. Verh. gef.)	
2. Versuchstation für die Bearbeitung von Abfuhrstoffen	14	IX. Mittheilung des Senats vom 15. Januar 1892:	
4. Nachbewilligung für den Straßenbau.		1. Aenderung der Benennung der Erleuchtungs-, Wasser- und Kanalsteuer.	
5. Seefahrtschule. (N. z. Verh. gef.)		2. Pflasterung der Deichstraße in Bremerhaven und Neuherstellung der Deichkappe an derselben. (N. z. Verh. gef.)	

Herr H. Claussen präsidirte.

Eröffnung der Sitzung nach 6¹/₄ Uhr.

Das Protokoll der letzten Versammlung wurde genehmigt.

Eingänge waren nicht erfolgt.

Herr Präsident zeigte an, daß Herr F. W. Stopf-
fuchen seinen Austritt aus der Bürgerschaft angezeigt habe.

Nr. I der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 11. December 1891:

2. Theer- und Terpentinschuppen am Holz- und Fabrikenhafen.

Herr Woltjen für die Deputation: Wie man aus dem Berichte ersehen haben werde, müsse, nachdem der Theer- und Terpentinschuppen fertig gestellt sei, auch wohl ein Aufseher angestellt werden, obgleich vorläufig wohl noch nicht viel Theer hineinkommen werde. Der Aufseher solle zugleich den Holzhafen beaufsichtigen. Falls später die Lagerung von Theer größeren Umfang annehme, könne immer noch ein zweiter Aufseher angestellt werden. Er möchte dementsprechend beantragen:

hinter „für denselben“ nachzuführen „und den Holz- und Fabrikenhafen“.

Die Deputation sei hiermit einverstanden. Der vorgeschlagene Tarif sei gleichlautend mit dem in Brate, und dies empfehle sich, da sonst wenig Theer heraufkommen werde, und er empfehle daher die Annahme des Tarifs. Er möchte dann noch beantragen, hinter den Worten auf Seite 678 „für Kollie von über 50 Kilogramm bis“ die Zahl „150“ in „200“ zu ändern.

Auch hiermit sei die Deputation einverstanden.

Die Anträge der Deputation wurden mit den Aenderungen des Herrn Woltjen angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 15. December 1891:

3. Gas- und Wasserwerke.

Herr Dr. Feldmann: Vor einigen Jahren habe die Bürgerschaft den Preis für Gas, welches für motorische Zwecke gebraucht werde, auf 15 \mathcal{M} für den cbm herabgesetzt. Sie habe dies um so eher gefonnt, da die Gasanstalt ihren Konsum dadurch vergrößerte und außerdem dies Gas für motorische Zwecke während der Tageszeit benutzt werde, wodurch für die Gasanstalt keine besondere Belastung eintrete. Es sei nun in gewerblichen Kreisen die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich wäre, den Preis noch weiter herabzusetzen, namentlich um der Kleinindustrie dadurch ihren Kampf ums Dasein gegen die Großindustrie etwas zu erleichtern. Er glaube, daß die Gasanstalt dazu sehr wohl in der Lage sei, und selbst wenn sie dies Gas zum Selbstkostenpreise berechne, habe sie noch immer den Vortheil, daß sich die allgemeinen Unkosten auf eine größere Produktion

vertheilen. Soviel er wisse, sei gegenwärtig die Meinung in der Gasdeputation nicht gegen einen solchen Vorschlag, und er erlaube sich daher den Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft beschließt, den Preis für Gas für motorische Zwecke mit Ausnahme des für Erzeugung von elektrischem Licht benutzten Gases auf 12 \mathcal{M} per cbm herabzusetzen und ersucht den Senat, diesem Beschlusse beizutreten.

Er bedaure, daß wir durch unsere Einrichtungen, durch die engen Rohrleitungen in der Stadt, gezwungen seien, ein so schweres Gas herzustellen, wie es wenige Städte in Deutschland herstellen. Wir seien deshalb nicht in der Lage, unseren Gewerbetreibenden das Gas zu einem so niedrigen Preise zu liefern, wie es anderswo der Fall sei. Man dürfe hierbei aber nicht übersehen, daß unser Gas infolge dieser Beschaffenheit einen um 20 pCt. höheren Nutzwert auch bei Gasmotoren besitze. Er bitte die Bürgerschaft, seinen Antrag anzunehmen.

Herr Erdmann: Er habe denselben Antrag stellen wollen wie Herr Dr. Feldmann, sogar noch weiter gehen wollen und beantrage,

die Deputation auch darüber mit einem Berichte zu beauftragen, ob es nicht gerathen sei, den Preis für das Brenngas von 20 \mathcal{M} auf 18 \mathcal{M} zu ermäßigen.

Die Bürgerschaft habe vor einigen Jahren auf seinen Antrag hin beschlossen, den Gaspreis von 25 auf 20 \mathcal{M} zu ermäßigen. Er habe damals vorausgesagt, daß durch diese Ermäßigung der vermehrte Konsum den augenblicklichen Ausfall an Einnahmen wieder voll ausgleichen würde, und der jetzt vorliegende Bericht bestätige das voll und ganz. Wir haben statt der damals festgelegten 540 000 \mathcal{M} . einen Ueberschuß von 613 000 \mathcal{M} . Er bitte also, seinen Antrag, der nur eine Berichterstattung bezwecke, anzunehmen.

Herr Henke: Er möchte zu dem Antrag des Herrn Dr. Feldmann das Amendement stellen,

daß auch der Preis für Kochgas auf 12 \mathcal{M} ermäßigt werde.

Er glaube, es wäre garnicht ungerecht, wenn das geschähe. Er bemerke, daß er selbst solches Gas nicht gebrauche. Sodann möchte er dem Herrn Rechnungsführer die Bitte aussprechen, zu überlegen, ob es nicht richtig sei, daß man den Preis für Coke gleich stelle, gleichviel, ob jemand 100 Hektoliter nehme oder 2—3. Wer jetzt 50 Hektoliter auf einmal nehme, habe 5 \mathcal{M} . profitirt. Nun höre man nicht nur seit diesem Winter, sondern seit Jahren, überall das Murren, ob das eigentlich gerecht sei, der kleine Mann, der sich nur ein paar Hektoliter nehmen könne und sich seine Groschen zusammenspare, müsse es theurer bezahlen, als derjenige, der in der Lage sei, auf einmal einen größeren Posten zu nehmen. Er meine, man sollte nicht von Staats wegen in solcher Weise vorgehen, sondern die Preise allgemein gleich stellen, dann hörte das gerechte Murren vieler Mitbürger des Mittelstandes auf. Es sei immer seit Jahren in Bremen gesagt: es ist eine Ungerechtigkeit, wer einmal etwas hat, kann billiger leben als jemand, der nichts hat. (Unruhe.)

Er hoffe, Herr Helmken werde die Sache in Ueberlegung ziehen. Sodann möchte er noch bemerken, daß ihm scheine, als ob in der letzten Zeit die Leuchtkraft der Straßenlaternen recht spärlich sei.

Herr Bergfeld: Er habe nicht geglaubt, daß dieser Antrag heute eingebracht werden würde, er habe geglaubt, man würde bis zum Budget damit warten. Die ganze Frage wegen der Verschlechterung des Gases hänge innig zusammen mit unserer elektrischen Beleuchtung. Es sei Thatsache, daß der Gewerbestand außerordentlich schwer zu leiden habe unter der Konkurrenz mit dem Dampf- resp. Großbetrieb. Es sei lange der Wunsch gewesen, daß dem Gewerbestand der Motorenbetrieb billiger gemacht werde. Es komme aber hinzu, daß wir vor der Eröffnung der elektrischen Anlage stehen, und daß die Gasanstalt bemüht sein müsse, für ihr technisches Gas mehr Abnehmer zu finden. Solange das technische Gas 15 \mathcal{L} koste, werde es immer schwer werden, den Gebrauch dessen aufrecht zu erhalten, und es liege im Interesse der Gasanstalt, das technische Gas, welches sie tagsüber abgeben könne, billiger zu stellen, und deshalb gehe sein Wunsch dahin, nicht allein das Motorengas, sondern auch das technische Gas auf 12 \mathcal{L} herabzusetzen, und er glaube, die Gasanstalt werde ein gutes Geschäft dabei machen. Es sei ja Thatsache, daß bei Einführung des elektrischen Lichts, einer helleren Lichtquelle, der Bedarf an Licht größer werde, diese Thatsache sei durch die Erfahrung bewiesen, daß also die Gasanstalt bei Einführung des elektrischen Lichts wahrscheinlich nicht weniger abgeben werde. Wesentlich sei aber für die Entwicklung der Gasanstalt die Abgabe des technischen Gases. Wenn hier der Wunsch ausgesprochen sei, auch das Gas für elektrische Motore auf 15 resp. 12 \mathcal{L} herabzusetzen, so empfehle sich, so gern er das wünsche, dieser Antrag deshalb nicht, weil wir bei Einführung des elektrischen Lichts zunächst suchen müssen, demselben allmählich möglichst viel Konsum zu verschaffen, und stelle man das Gas nicht billiger, so werde es nicht mit dem elektrischen Licht konkurriren können. Seine ganze Auffassung in Betreff der elektrischen Anlage sei, daß das elektrische Licht nicht als Luxuslicht zu betrachten sei, sondern als ein Bedarfslicht. Es sei frei von allen den Fehlern, die das Gaslicht habe, es wirke auf den Körper nicht gesundheitschädlich ein, und deshalb sei es berufen, in der Zukunft die Hauptrolle bei der Beleuchtung zu spielen, und deshalb habe er auch den Wunsch, daß das elektrische Licht von jeder Steuer frei bleibe, deshalb habe man auch namentlich den Betrieb des elektrischen Lichts durch Gas abgelehnt. Dem Antrage des Herrn Dr. Feldmann schließe er sich voll an und möchte nur die Bürgerschaft bitten, den Antrag so anzunehmen, daß es nicht heiße: das Motorengas, sondern das technische Gas, ausgeschlossen das Motorengas, welches für die Erzeugung von elektrischem Licht benutzt werde. Er möchte deshalb bitten, von der Herabsetzung des Preises für Leuchtgas vorläufig abzusehen. Es sei das ja eine reine Finanzmaßregel. Die Gasdeputation werde einfach berichten daß wenn man das Leuchtgas herabsetze, ein Ueberschuß wie wir gewohnt sind, nicht mehr geliefert werden könne. Wir würden also Einnahmequellen auf andere Weise suchen müssen,

und da würde man vielleicht den Ausfall auf das elektrische Licht schlagen, und das möchte er vermeiden.

Herr Präsident fragte, ob Herr Bergfeld mit technischem Gas das Gas für technische Zwecke meine.

Herr Bergfeld: Er meine damit alles Gas, was für technische Zwecke benutzt werde, sei es für Motore, sei es für Heizung, sodaß nur das für Erzeugung von Elektrizität benutzte Gas ausgeschlossen sei. Der Ausdruck im Bericht sei Heiz- und Kraftgas. Er meine also Heiz- und Kraftgas mit Ausnahme des zur Erzeugung von Elektrizität benutzten Gases.

Herr Bruns jr.: Er stehe auch auf dem Standpunkt, daß für Leuchtgas der heutige Preis stehen bleiben müsse, sonst würden bei Einführung der elektrischen Beleuchtung sehr viele Leute sich besinnen, die elektrische Beleuchtung einzuführen. Hinsichtlich des Heiz- und Kraftgases aber bitte er den Antrag auf Ermäßigung auch noch aus anderen Gründen anzunehmen. Gerade in Bezug auf Heizgas gelte dasselbe wie in Bezug auf Kraftgas gegenüber dem großen Dampfmaschinenbetrieb. Das Heizgas werde heute in kleinen Haushaltungen, gerade in denjenigen Haushaltungen, wo Domestiken schwer zu halten seien, zu kostspielig, um diese Ersparniß in der weiblichen Bedienung zu erzielen, werde Kochgas von einzelnen Haushalten viel mehr gebraucht als wir annehmen, und es sei sehr wünschenswerth, daß der Preis für Kochzwecke gerade für kleine Haushalte noch mehr ermäßigt werde. Er bitte also, diesen Antrag nicht erst dem Antrage des Herrn Ordemann entsprechend an die Deputation zu verweisen, sondern möglichst einmüthig anzunehmen.

Herr Präsident: Herr Ordemann habe nur wegen des Leuchtgases die Befragung der Deputation beantragt.

Herr Huchting: Er erkläre sich ebenfalls mit dem Antrage des Herrn Dr. Feldmann, amendirt von Herrn Bergfeld, einverstanden, und gegen Herabsetzung des Leuchtgases im Hinblick auf die wohl bald zu erwartende Vorlage wegen der elektrischen Beleuchtung. Er möchte an den Herrn Rechnungsführer die Frage richten, wann die Amortisation von 3 pCt. wieder in Kraft treten könne. Wenn wir jetzt eine elektrische Anlage machen, wäre es doch nothwendig, dieselbe wieder in Kraft treten zu lassen. Es sei von verschiedenen Seiten gerügt worden, daß bei einer solchen Anstalt wie der Gasanstalt, die einen derartigen Nutzen abwerfe, nicht mit der Amortisation fortgefahren sei und die Anstalt dadurch nicht schon billiger zu Buch stehe.

Herr Hasers: Er möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, aus seiner eigenen Erfahrung die Aufklärung zu geben, daß die Ansicht seiner Vorredner irrthümlich sei. Was die Elektrizität und den Dynamobetrieb durch Gasmotoren betreffe, so sei derjenige, der solchen Betrieb habe, ein viel größerer Gas-Konsument als wenn er kein elektrisches Licht brenne, sondern nur Gas. Wenn für eine Glühlampe ferner 4 \mathcal{L} pro Stunde genommen werden, und vielleicht noch eine Lampengebühr, so komme das viel zu hoch, und

werden sich sehr wenig Konsumenten für elektrisches Licht finden, nur diejenigen werden es thun, die es der Konkurrenz halber thun, und Private, die es aus Luxus brennen. Nach seiner Meinung kommen zwei Glühlampen an Helligkeit einer Gasflamme gleich, und wenn man später für die Helligkeit einer Gasflamme 8 \mathcal{M} beim elektrischen Licht zahlen sollte, werde sich mancher bestimmen.

Herr Dr. Feldmann: Wenn die Bürgerschaft den Antrag annehme, daß das Motorengas auf 12 \mathcal{M} herabgesetzt werde, so werde das keinen großen Effekt verursachen, die dadurch entstehende Mindereinnahme der Gasanstalt möge sich auf 9000 \mathcal{M} beziffern, während sie andererseits immer noch den Vortheil erhalte, daß die allgemeinen Unkosten sich auf eine größere Produktion vertheilen, wobei er voraussetze, daß eine Zunahme der Einnahme für Motorengas stattfinde. Wenn nun aber auch der Preis für Heizgas auf 12 \mathcal{M} herabgesetzt werde, so werde das einen ganz erheblichen finanziellen Ausfall in unserer Einnahme herbeiführen, und es scheine ihm zweifelhaft, ob der Senat ohne weiteres auf solchen Vorschlag eingehen werde. Er halte es für richtiger, daß in Bezug auf diesen Antrag die Deputation mit einem Berichte beauftragt werde, denn es müsse doch gewiß untersucht werden, ob der Ausfall ohne weiteres getragen werden könne. (Sehr richtig!) Bei uns liege es ja so, daß das Leuchtgas zu einem hohen Preise verkauft werde, weil wir den Preis für Gas als eine indirekte Steuer ansehen. Werde der Preis erheblich herabgesetzt, so müsse irgend eine andere Steuer ohne Gnade herbeigeschafft werden, und das sei schwierig, indirekte Steuern werden zudem ja viel leichter getragen. Er meine deshalb, daß es richtiger sei, in Bezug auf den Antrag des Herrn Ordemann zu beschließen, daß über die Herabsetzung des Preises für Heizgas vorerst ein Bericht der Deputation gefordert werde. Er glaube, daß der Senat dem anderen Antrage sehr wohl zustimmen werde auf den direkten Beschluß der Herabsetzung des Preises für Motorengas; es habe aber große Bedenken, ob das der Fall sein werde in Bezug auf das Heizgas. Es könnte nur dann nicht so nachtheilig sein, wenn vorauszusehen sei, daß der Konsum sich ganz außerordentlich steigern werde. Es sei nicht zu bezweifeln, daß eine Steigerung der Einnahme eintreten werde, ob das aber schon in so kurzer Zeit der Fall sein werde, daß man auf einmal den Sprung machen könne, scheine ihm zweifelhaft.

Herr Ordemann: Nach dem Eindruck, den er gewonnen habe, scheine ihm sein Antrag auf Ermäßigung des Preises für Leuchtgas auf 18 \mathcal{M} noch nicht den vorhandenen Anklang zu finden, und sehe er sich deshalb genöthigt, den Antrag vorläufig zurückzuziehen. Er möchte aber der Deputation empfehlen, eine eventuelle zeitgemäße Ermäßigung im Auge zu behalten. Er möchte aber noch besonders betonen, daß Bremen im ganzen deutschen Reiche den höchsten Gaspreis habe. (Hört, hört!)

Herr Bergfeld: Er möchte zunächst Herrn Hafers gegenüber erwidern, daß er ja gern bereit sein würde, auch das Gas für Motoren zur Erzeugung elektrischer Beleuchtung

herabzusetzen, aber die Frage liege für uns ja so, daß wir im Herbst dieses Jahres hoffentlich mit der Beleuchtung durch Elektrizität beginnen werden, und es sei im Interesse unserer elektrischen Anlage, daß wir zunächst das Konsumbedürfniß für elektrisches Licht abwarten und uns nicht selbst dem elektrischen Lichte Konkurrenz machen. Es sei ja allerdings eine Sache der Erfahrung, daß städtische Elektrizitätsanlagen die kleinen Blockstationen bis zu einem gewissen Prozentsatz aufgesogen haben, und das werde auch hier geschehen, aber immer erst nach und nach, es werde einen Kampf kosten, es werde eine Frage der Zeit sein. Wenn Herr Dr. Feldmann als Mitglied der Gasdeputation vorrechne, daß es zweifelhaft wäre, ob durch Herabsetzung des technischen Gases resp. Heizgases und Kraftgases für die Gasanstalt ein großer Ausfall entstehe, und dieselbe dann nicht mehr einen so großen Ertrag abliefern könne, so müsse er von vornherein erklären, daß er der Meinung sei, daß die Verwaltung der Gasanstalt in kaufmännischer Beziehung ihr Geschäft nicht verstehe. Er sei überzeugt, der verehrte Rechnungsführer Herr Helmken denke über die Sache ganz anders. Herr Helmken wisse, daß durch das Heiz- und Kraftgas durch den Tageskonsum eine ungeheure Mehreinnahme erzielt werden könne, wenn der Preis so billig gestellt werde, daß es auch dem kleinen Mann zugänglich sei. Die Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten beim Verbrauch von Heizgas seien so in die Augen springend, so enorm, daß es nur einer winzigen Preisherabsetzung bedürfe, um den Konsum ganz bedeutend zu erhöhen. Er habe ferner die Erfahrung gemacht und bedauere, daß die Gasanstalt den Konsumenten nicht mehr entgegenkomme in Herleitung von Motoren u. gegen Miethen. Für uns sei ja Hauptsache, dem kleinen Gewerbebestand zu helfen. Er glaube, daß die Bürgerschaft den Beschluß recht gut heute fassen könnte, den Preis für Heiz- und Kraftgas auf 12 \mathcal{M} zu ermäßigen.

Herr Dr. Kasten: Er habe sich hauptsächlich gegen den Antrag des Herrn Ordemann auf Herabsetzung des Preises für Lichtgas erklären wollen und verzichte, da Herr Ordemann seinen Antrag zurückgezogen habe und Herr Helmken die übrigen Erklärungen geben werde.

Herr Helmken: Er wisse nicht, wo er anfangen solle, soviel verschiedene Anfragen und Anträge seien gestellt. Er glaube aber, wenn er sich im Allgemeinen darüber äußern solle, es würde das Beste sein, wenn alle diese Anträge der Deputation zum Bericht überwiesen würden und heute kein Beschluß gefaßt werde, dem der Senat vielleicht nicht zustimme. Er könne die Versicherung geben, daß die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke gern jedermann gefällig sei und auch thun wolle, was irgend möglich sei, um allen diesen Industriezweigen, die mit Gas zu thun haben, zu helfen, und deshalb erkläre er sich auch gern persönlich damit einverstanden, wenn das Motorengas, mit Ausnahme des zur Erzeugung von Elektrizität benutzten, auf 12 \mathcal{M} heruntergesetzt werde. Dies sei dann aber der Selbstkostenpreis; dabei werde nichts verdient. (Herr Debbe: 10 \mathcal{M} !) Er wisse, worauf Herr Debbe hinaus wolle, daß die Gasanstalt der elektrischen Centralanlage das Gas zu 10 \mathcal{M} angeboten

habe, falls sie den Betrieb mit Gasmotoren einrichte. Darin sei aber das ganze Rohrnetz der Stadt nicht berücksichtigt, dessen Verzinsung und Amortisation mehr als 2 % betrage, der Selbstkostenpreis also wahrscheinlich noch etwas höher als 12 % sei. Die Frage der Herabsetzung des Preises für Kochgas sei eine Finanzfrage; es komme dabei darauf an, wieviel Ertrag die Gasanstalt dem Staate abliefern solle. Es sei jetzt schon billiger als Torf, Kohlen und Coke, wenn die Herdanlage vernünftig sei. Er habe bei früheren Verhandlungen schon als Beispiel angeführt, daß er in seiner Badeanstalt 160 Liter Wasser auf 26 Grad bringe und keine 3 % für Gas dafür auszugeben brauche, und ähnlich verhalte es sich mit Gaslochmaschinen, namentlich Bratöfen. Gas sei das Billigste, was man überhaupt haben könne, selbst für Heizung, weil man das Gas nur genau soweit benutze wie erforderlich sei, also das Gas Anheizen vorher und das Aufhören mit der vollen Glut, das nutzlose Verfliegen der Feuerung in den Schornstein, wegfalle. Er möchte daher lieber davon abrathen, das Gas für Kochzwecke noch billiger zu machen, es sei jetzt schon billiger als jedes andere Brennmaterial, und die Kosten der Einrichtung seien ja sehr unbedeutend, für eine Platte für Kochzwecke zahle man 10—12 M., wie man sich an der Verkaufsstelle bei Siegmund Meyer überzeugen könne. Der Antrag des Herrn Ordemann sei zurückgezogen. Auch dabei handle es sich nur um eine Finanzfrage. Wenn Senat und Bürgerschaft beschließen, den Preis auf 18 % oder noch weiter herunterzusetzen, so werden die Ueberschüsse der Gasanstalt soviel geringer. Die Ueberschüsse der Gasanstalt haben sich ja in erfreulicher Weise vermehrt, in diesem Jahre werde die Gasanstalt über alle ihre Schulden, die Vorschüsse der Generalkasse, herauskommen, und dann könne wieder eine Amortisation stattfinden, wenn sie in der Höhe überhaupt wieder stattfinden solle, denn sie sei eine ganz verkehrte Einrichtung. Im Jahre 1866 sei auf Vorschlag eines Herrn Senators die ganze Berechnungsweise umgeändert, und es sei dann eine Million auf einmal abgeschrieben, sodaß das Gaswerk damals mit 600 000 M. zu Buch gestellt wurde. Nun sollen 3 pCt. Amortisation darauf abgeschrieben werden. In der ganzen Welt existire kein ähnlicher Fall. In England, wo alles durch Parlamentsakte festgestellt werde, auch wie der Preis sein solle, denke kein Mensch daran, wenn ein Nutzen von 10 pCt. da sei, mehr als 1 pCt. abzuschreiben. Das genüge, denn das Gaswerk werde in bester Verfassung gehalten, also weshalb solle man auf die großen Eisenrohre zc. 3 pCt. abschreiben? Er hoffe, daß er es beim Budgetbericht erreiche, daß dies abgeändert werde. Herr Henke habe gewünscht, daß der Cokepreis nicht verschieden gestellt werde. Augenblicklich bestehe keine Verschiedenheit, es sei gleich, ob jemand 1 Hektoliter oder 1000 Hektoliter bestelle, wenn er ihn überhaupt bekommen könne. Er möchte Herrn Henke fragen, ob er nicht auch einen Preisunterschied mache, wenn jemand 1000 Cigarren von ihm nehme und wenn jemand $\frac{1}{2}$ Duzend nehme. (Heiterkeit.) Das sei aber ganz Nebensache. Die Gasanstalt müsse aus Zweckmäßigkeitsgründen so verfahren. Die Gasanstalt fabrizire ungefähr 350 000 Hektoliter Coke pro Jahr. Dafür müsse auch Abnahme geschaffen werden. In starken

Wintern sei nach Coke soviel Nachfrage, daß kaum soviel fabrizirt werden könne. Um aber das Risiko, keine genügende Abnahme zu haben, zu vermindern, habe man im vergangenen Sommer 250 000 Hektoliter kontraktlich an Händler vergeben, die den Coke zu einem geringeren Preise bekommen, diese haben aber noch Unkosten davon, sie müssen den Coke auf Lagerplätze fahren und von da wieder zu den Konsumenten bringen, daher verdienen sie nicht soviel dabei, sodaß das Gaswerk damit ganz gut konkurriren könne. Wenn große Vorräthe da seien, werde wieder eingeführt werden, den Preis bei Abnahme von 50 Hektoliter um 10 % pro Hektoliter zu ermäßigen. Er sehe aber nicht ein, weshalb nicht mehr Werth auf das sogenannte Grus gelegt werde. Das sei etwas für den kleinen Mann. Grus werde augenblicklich zu 30 % pro Hektoliter verkauft, und es könne niemand mehr als 3 Hektoliter bekommen, sonst würden die Händler ganze Waggons nehmen und nachher dem Publikum vielleicht 50 % abnehmen. Man wolle aber gerade den kleinen Leuten diese Vergünstigung zu Theil werden lassen. Daß Grus sehr gut angewandt werden könne, sehe man an folgendem Beispiel. Die Beamten des Gaswerks hatten bis vor zwei Jahren die Berechtigung, soviel Coke zu nehmen, wie sie haben wollten. Diese Berechtigung war mit ihrer Anstellung verbunden. Es sei ihm gelungen, dieselbe abzukaufen, und die Gasanstalt wie die Leute stehen sich gut dabei. Von allen Beamten des Gaswerks, mit Ausnahme des Direktors, falle keinem ein, zerkleinerte Coke, also die besten, zuzunehmen, sie kaufen sich jetzt Grus zu 30 %, statt 1 M. oder 1 M. 20 % für Coke, grobe und zerkleinerte, zu bezahlen, und haben dadurch einen großen Vortheil. Man sehe, wenn man es nicht umsonst bekomme, so richte man sich sparsam ein. Die Leute kommen besser dabei weg und die Verwaltung ebenfalls. Was die Motoren betreffe, so sei schon wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden, die Gasanstalt möchte Motoren auf Lager haben, um dieselben zu vermieten. Die Verwaltung habe es aber für bedenklich gehalten, das einzuführen. Gasmesser und Wassermesser werden vermietet, das seien einfache Instrumente, dabei sei nicht viel aufzupassen; wenn die Verwaltung glaube, ein solcher zeige falsch, so werde er gegen einen anderen umgetauscht und reparirt. Mit Gasmotoren aber, welche schon eine ziemlich diffizile Einrichtung haben, könnten Arbeiter fortwährend unterwegs sein, um sie umzutauschen. Denn man dürste diejenigen, welche einen Motor haben, nicht in Verlegenheit kommen lassen. Wenn ein Motor nicht ginge, müßte er weggenommen und durch einen andern ersetzt werden. Wenn dies beschlossen würde, so würden wir, glaube er, 100 000 M. ins Budget zu stellen haben, um Gasmotoren anzuschaffen, und wir müßten sie in doppelter Zahl anschaffen, um auch welche in Reserve zu haben. In vielen Städten werden derartige Motoren allerdings ausgeliehen. Es erschwere aber das Geschäft bedeutend. Was die Qualität des Gases betreffe, so sei das Gas hier im Verhältniß zu seiner Güte nicht am theuersten. Gelegentlich des Vorschlags, unsere elektrischen Stationen mit Gas zu betreiben, haben wir, weil in Dessau eine derartige Einrichtung bestehe, veranlaßt, daß der Direktor Salzenberg sich nach Dessau begeben, um die dortige Einrichtung kennen zu lernen. Wir erhielten die Aufgabe, wie

groß der Gasverbrauch für diesen Zweck war, hatten aber keine Angabe darüber, wie das Dessauer Gas im Vergleich zu unserem sei. Die Direktion in Dessau erbot sich dann aber, ihren Gasstechniker, der über 27 Gasanstalten die Aufsicht habe, der also ein durchaus tüchtiger Mann sei, mit ihren Instrumenten, womit sie das Gas messen, nach Bremen zu schicken, und sogar noch kostenfrei, da die hiesige Gasanstalt viel von der dortigen Gasanstalt beziehe; letztere habe auch eine Gasmessersfabrik. Der Mann sei also acht Tage hier gewesen und habe unser Gas auf seine Explosionsfähigkeit und Leuchtwerth gründlich untersucht, und es habe sich gezeigt, daß unser Gas gegenüber dem von etwa 20 deutschen Städten an Explosionsfähigkeit um 20 pCt., an Leuchtkraft um 25 pCt. höher stehe. Wenn man das berücksichtige und diesen Vorzug in Anrechnung bringe, so koste unser Gas nicht 20 \mathcal{M} per Kubikmeter, sondern nur 18 \mathcal{M} . Daß unser Gas besser sei, wußten wir schon früher, nicht aber kannten wir die Zahlen. Man sei hier noch weiter gegangen, man sei nach dem Café Central gegangen und habe dort das Gas beim elektrischen Betrieb untersucht. Die Resultate, welche sich dort ergeben, wolle er lieber verschweigen.

Herr Debbe: Durch Zufall habe er Herrn Helmken veranlaßt, sich darüber zu erklären, ob 12 \mathcal{M} als Selbstkostenpreis wohl richtig sei. Derselbe habe geantwortet, allerdings wäre der Preis von 12 \mathcal{M} richtig, weil die Amortisation des Röhrennetzes mit in Rechnung gestellt werden müßte. Das sei aber nicht ganz zweifelsohne, es würde nur richtig sein, wenn man für den Tagesbedarf noch neue Röhren hinzufügen müßte. Die Röhren liegen aber einmal, sie werden nicht durch den Tagesbedarf noch besonders abgenutzt. Je größer der Tagesbedarf, desto besser.

Herr Helmken: Man sollte alle Anregungen der Deputation zum Bericht überweisen. Vor dem 1. April geschehe doch keine Aenderung. In diesem Bericht könnte alles berücksichtigt werden. Herrn Debbe möchte er nur entgegenen, das könnte man bei jedem neuen Konsumenten sagen, der sich anschließe. Angenommen, Hillmanns Hotel hätte kein Gas und beansprucht, ihm das Gas billiger zu liefern, da die Röhrenleitung einmal vorhanden sei. Das könnte Jeder sagen.

Herr Dr. Feldmann: Es sei zweierlei, ob ein Antrag direkt angenommen oder zum Bericht an die Deputation verwiesen werde, namentlich auch in Beziehung auf den Effekt nach außen und die Beurtheilung des Senats. Er meine, den von ihm gestellten Antrag könne die Bürgerschaft sofort annehmen, weil derselbe keine großen finanziellen Folgen habe; während er es für zweckmäßig halte, die übrigen Anträge zur Berichterstattung an die Deputation zu verweisen.

Es wurde Schluß beantragt.

Herr Dr. Erdmann: Der Aeußerung des Herrn Helmken gegenüber, daß es sich bei der Ermäßigung des Preises für Leuchtgas um eine große finanzielle Frage handele, möchte er nur darauf aufmerksam machen, daß der Gaspreis eine Extrabesteuerung der Gasconsumenten sei.

Herr Henze: Er bitte, ihm noch Gelegenheit zu geben, auf Aeußerungen des Herrn Helmken zu erwidern. Unter Anderm möchte er Herrn Helmken mittheilen, daß die kleinen Leute für das Cokegrus danken, indem sie sagen, sie bekommen damit keine Feuerung, sondern Dreck ins Haus.

Der Schluß wurde beliebt, darauf der Antrag des Herrn Helmken, die Anträge der Herren Dr. Feldmann und Bergfeld wegen Ermäßigung des Gaspreises auf 12 \mathcal{M} an die Deputation zur Berichterstattung zu verweisen, angenommen.

Herr Vonke beantragte,
den Gegenstand unter

Nr. V der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 5. Januar 1892:

2. Versuchsstation für die Bearbeitung von Absuhrstoffen.

Jetzt zur Verhandlung zu stellen, da der dafür bestellte Senatskommissar Herr Senator Schulz auf 7 Uhr geladen und bereits anwesend sei.

Der Antrag des Herrn Vonke wurde angenommen und in die Verhandlung eingetreten.

Herr Bartels als Referent der Deputation: Die Deputation habe nach Anhörung der bürgerschaftlichen Kommission einstimmig diese Vorlage genehmigt. Sie sei dazu veranlaßt, weil die neu ausgeschriebene Submission so hohe Offerten gebracht habe, daß man sich sagte, das könnte der Staat nicht bezahlen. Die Submittenten, welche die Offerten gemacht, haben sich nämlich auf den Standpunkt gestellt, der Dünger wäre werthlos, weil kein Absatz dafür vorhanden. Bisher seien die Unternehmer von einem Platz zum andern getrieben, jetzt seien sie nach Arsten gekommen, dort erhalten sie aber auch nichts rechtes für die Stoffe, denn es habe sich in Rattenhurm eine Düngerbörse etablirt, und die Landleute aus der Umgegend stecken die Köpfe zusammen und diktiren den Unternehmern den Preis. Er habe den Unternehmern gerathen, sie möchten sich nach einer andern Gegend wenden, sie seien dann nach Soltau und Bisselshövede gegangen, dorthin sei die Fracht aber sehr hoch. Nach Groß Vinteln z. B. sei der Ausnahmetarif für Dünger 15 \mathcal{M} . pro Doppelwaggon, nach Bisselshövede 20 \mathcal{M} ., nach Soltau 24 \mathcal{M} ., nach Trielingen 22 \mathcal{M} . Das haben die Landleute einige Male bezahlt, dann aber den Bezug wegen der hohen Frachtsätze aufgegeben. Der Dünger sei allerdings werthvoll für die benachbarten Moordistrikte vom Amt Osterholz und Lilienthal; aber es habe Schwierigkeiten, ihn dahin abzuführen. Wenn die Moorcolonisten zur Stadt fahren, so können sie mit einem Schiff voll Torf die Klappstaue leicht passiren, weil die Stauklappen heruntergedrückt werden; wollen sie aber mit einer vollen Ladung Dünger über die Klappstaue wieder zurück, so sei das schwierig, weil sie vom niedrigen in das höher aufgestaute Wasser kommen, und sie seien froh, wenn sie an einem Abend aus dem Moor wegfahren und am folgenden Abend mit ihrem leeren Schiff wieder nach Haus kommen. Auch der Transport per Fuhrwerk sei des weiten Weges

wegen beschwerlich. Dies habe ihn veranlaßt, in voriger Woche in Oldenburg mit dem Chef der Großherzoglich Oldenburgischen Eisenbahndirektion darüber Rücksprache zu nehmen, ob sie bereit wäre, billige Eisenbahntarife für Dünger einzuführen. Der Herr habe ihm dies in Aussicht gestellt mit dem Bemerkten, zuvor müßte man wissen, wie sich die Oldenburgische Landwirthschaft dazu stellen würde. In der Oldenburgischen Landwirthschafts-Gesellschaft interessire man sich ebenfalls sehr für die Sache, und es sei zu hoffen, daß, wenn sich der Dünger nicht zu theuer stelle, das Oldenburgische Land ein gutes Absatzgebiet für denselben werde. Er habe im vorigen Jahre bei seiner Berechnung den Preis des Düngers auf 3 *M.* pro Kubikmeter angenommen, in Oldenburg nehme man 4.50 *M.*, in Groningen in Holland werde 7.85 *M.* bezahlt. Die Stadt Leuwarden erziele aus dem Verkaufe des Düngers einen Reingewinn von 16 000 *M.*, Groningen 38 000 *M.* Dahin werden wir nicht kommen, aber er glaube, daß wenn billige Eisenbahntarife für Dünger eingeführt werden, wir dann einen besseren Preis für unseren Dünger bezahlt erhalten. Er bitte nun, damit Versuche mit der Fabrikation des Kompostes gemacht werden können, die beantragte Summe für die Einrichtung einer Versuchstation zu bewilligen. Er möchte noch die Tarife vorführen, welche in Frage kommen. Der von ihm beantragte und in Aussicht gestellte Tarif für Seeschiff sei pro Kilometer 8 *S.*, das mache bis Hude 3 *M.*, bis Oldenburg 3.60 *M.*, bis Ihrhorn 8.60 *M.*, bis Ahlhorn 5.90 *M.*, Kloppenburg 6.90 *M.*, Sandkrug 4.40 *M.*, Bechta 7.50 *M.* Nach der preussischen Seite fange dagegen Hemelingen schon mit 8 *M.* pro Doppelwaggon an, nach Oberneuland werde ebenfalls 8 *M.* berechnet. Er glaube nach allem, daß wir demnächst einen guten Absatz für unsere städtischen Abfuhrstoffe finden werden, und empfehle daher die Annahme des Deputationsantrages.

Herr Senatskommissar Senator Schulz: Der Voredner, der Rechnungsführer der Deputation, habe sich im Allgemeinen schon mit Zukunftsideen beschäftigt, wie es nach dem Ausfall der Versuche auf der Versuchstation werden könne und solle. Redner möchte nur zur Erläuterung des Antrags auf Errichtung einer solchen einige Worte sich erlauben. Die Schwierigkeiten, an welchen die Abfuhr- und Straßenreinigungsverhältnisse nicht nur in Bremen, sondern in vielen anderen deutschen Städten leiden, seien im Wesentlichen darauf zurückzuführen, daß für die Lagerung der Abfuhrstoffe kein geeigneter Platz aufzufinden sei, und daß, wie der Voredner schon bemerkt habe, der Absatz der Abfuhrstoffe auf Schwierigkeiten stoße. Man habe in anderen Städten noch ärgere Kalamitäten als in Bremen. In Hamburg sei man dahin gekommen, daß man sämmtlichen Latrineneinhalt in die Elbe laufen lasse und den Straßenkehricht zc. jetzt auf dem Wege der Verbrennung, ganz nutzlos für die Stadt, beseitigen wolle. An anderen Orten sei es ebenso. In Stuttgart werde der Straßenkehricht mit der Eisenbahn in Bergschluchten geschafft. München leite den ganzen Latrineneinhalt jetzt in die Isar, und ebenso wolle man in Frankfurt vorgehen. Vielfach habe man Poudrettefabriken eingeführt, deren Ertrag aber daran leide, daß das Absatz-

gebiet fehle. Kurz, diese Kalamitäten treten an anderen Orten noch mehr zu Tage als hier. So viel sei klar, daß große Lagerplätze für die aufgehäuften Abfuhrstoffe, namentlich wenn dieselben dort länger zu liegen haben, für die Nachbarschaft außerordentlich belästigend seien. So sei der Wunsch nicht verwunderlich, daß man die Lagerplätze thunlichst weit von der Stadt entferne, möglichst so weit, daß im ganzen bremischen Gebiet dafür kein Platz zu finden sei. Andererseits liege es im Interesse der Unternehmer der Abfuhr und Straßenreinigung, den Lagerplatz nicht weit entfernt, sondern möglichst in der Nähe der Stadt zu erhalten, denn die Fuhrkosten für den Hintransport und die Kosten der Bearbeitung der Stoffe wachsen mit der Entfernung. Das steigere sich noch, wenn, was jetzt ja noch nicht durchgeführt sei, die Eimer ersetzt werden durch Tonnen und auch die Reinigung der Tonnen auf dem Plage erfolgen müsse, da die Kosten für das Hin- und Zurückfahren der Tonnen ebenfalls mit der Entfernung wachsen. Ebenso liege es in Betreff des Absatzes der Fäkalien. Wenn diese, wie hier, auf einem Plage weit entfernt von der Eisenbahn und dem Flusse gelagert werden müssen, so sei das Absatzgebiet sehr beschränkt; es könne ein größeres Absatzgebiet garnicht herangezogen werden, wenn nicht der Lagerplatz in die Nähe des Bahn- und Wasserverkehrs gebracht und wenn nicht zu gleicher Zeit die ganzen Abfuhrmassen in eine Form gearbeitet werden, die das Abfahren leicht mache, dadurch die Fracht ermäßige und den vom Moore kommenden Schiffen ermögliche, auf der Rückfahrt Abfuhrstoffe mitzunehmen. Es habe deshalb das Bestreben der Straßenreinigungspächter von Anfang an dahin gehen müssen, ihre Plätze möglichst nahe bei der Stadt zu haben und die Bearbeitung der Stoffe so einzurichten, daß gute und zwar regelmäßig gute Abfuhrmassen geboten werden konnten. Sei letzteres der Fall, werde die Mischung eine so konstante, daß regelmäßig guter Werth in den Stoffen liege, so sei auch das beschränkte Absatzgebiet viel besser auszunutzen als jetzt, wo die Landleute beim besten Willen in Verlegenheit seien, ob sie heute für den Kompost dasselbe bezahlen können wie vor ein m halben Jahre; die Mischung sei so ungleichmäßig, daß sie einmal ein Fuder guten Dünger bekommen können, beim nächsten Male der Dünger vielleicht werthlos sei. Natürlich komme dabei auch noch in Betracht, daß wenn die Lagerplätze an ungeeigneten, von Bahn- und Wasser abgelegenen Stellen, wie jetzt, eingerichtet bleiben, das beschränkte Absatzgebiet dem Unternehmer seine Preise aufnöthige. An diesen Kalamitäten haben, wie gesagt, schon früher die hiesigen Unternehmer schwer gelitten. Alfes habe nach langen Bemühungen und nachdem er viel Lehrgeld habe bezahlen müssen, es möglich gemacht, sich mit entfernt wohnenden Landwirthten zu associiren und so den Dünger einigermaßen zu Werth zu bringen, und doch habe er so großen Vortheil, wie man ihm habe nachrechnen wollen, nicht davon gezogen, wie er Redner noch kürzlich sehr glaubwürdig versichert habe. Zuppe, dem die Beziehungen, die Alfes angeknüpft hatte, nicht blieben, habe sehr darunter gelitten, daß er die Abfuhrstoffe nicht los werden konnte. Er habe sie, wie sich nachträglich herausgestellt, stellenweise an Orten untergebracht und gelagert, wo das

garnicht gestattet werden sollte, und auch an diesen besser gelegenen Plätzen habe er sie nicht so absetzen können, wie sein Vortheil es verlangte. Die Unternehmer, die sich auf die in neuester Zeit erfolgte Ausschreibung hin für den demnächstigen Vertrag gemeldet haben, haben nach diesen bösen Erfahrungen auf einen Vortheil aus dem Erlöse der Abfuhrstoffe fast garnicht gerechnet, in Folge dessen ihre Forderungen sehr hoch geschraubt und daneben vom Staat verlangt, daß ihnen ein gelegener Lagerplatz angewiesen werde, weil sie sich nicht Dem haben aussetzen wollen, herumzuziehen und von Plätzen, die sie eingerichtet haben, vertrieben zu werden. Am Schlimmsten seien die jetzigen Unternehmer gefahren, sie seien, wie der Herr Borredner schon bemerkt habe, von zwei Plätzen, die sie sich mit vielen Kosten eingerichtet hatten, auf Beschwerde der Nachbarschaft weggewiesen. Sie haben einen Platz in der Stadt und einen anderen im Neuenlander Felde räumen müssen, und auf dem jetzigen Platze, wo sie auch nur vorübergehend zugelassen seien, haben sich gar keine Abnehmer gefunden, sodas sie statt des von ihnen berechneten Vortheils, der sie veranlaßte, ihre Forderung verhältnismäßig gering zu stellen, einen Schaden oder wenigstens so wenig Nutzen gehabt haben, daß sie mit der von ihnen geforderten Summe nicht auskommen können. Wie groß die Nachtheile, die Alfes und Zuppe früher durch diese Art und Weise des Vertriebs gehabt haben, seien, sei ja während der Dauer ihrer Pachtzeit nicht so klar geworden wie aus der Thatsache, daß bei der vorigen Ausverdingung diese beiden sachverständigen Leute etwa 100 000 *M.* mehr gefordert haben als die jetzigen Unternehmer. Letztere hatten geplant, zur besseren Verwerthung der sämtlichen Stoffe eine Poudrettenfabrik auf Grund eines von Schneemann, dem Direktor des Schlachthofs, erfundenen Verfahrens zu errichten. Das ganze Konsortium, welches die Straßenreinigung übernommen habe, war von Schneemann gebildet, und die Basis der Rentabilitätsberechnung war die Poudrettenfabrik, die soviel Einnahme bringen sollte, daß die Pächter mit dem Zuschuß von höchstens 200 000 *M.*, den sie vom Staat verlangten, nicht nur auszukommen dachten, sondern noch Ueberschüsse an den Staat abliefern wollten. Die Einrichtung dieser Poudrettenfabrik auf Grund des Schneemann'schen Systems sei den Unternehmern unmöglich gewesen, weil ihnen die nöthigen Gelder fehlten. Die sogenannte Kapitalkraft ihres Konsortiums, ein auswärtiger Fabrikant, habe von Anfang an, theils weil es ihm auf Grund nachträglicher Berechnungen zweifelhaft wurde, wieweit die Schneemann'schen Anschläge zutreffend seien, theils weil es ihm auch nicht gelungen, andere Kapitalisten mit hinzuzuziehen, sich zurückgezogen, und der Versuch, ihn zur Zahlung seiner Beiträge für die Einrichtung der Poudrettenfabrik heranzuziehen, sei jetzt nach Jahresfrist erst soweit gediehen, daß der Prozeß in erster Instanz entschieden sei. Es könne noch ein Jahr und länger dauern, bis er definitiv entschieden sein werde. Ob dann aber von dem Manne, wenn er verurtheilt werden sollte, etwas zu haben sei, sei im Laufe der Verhandlungen sehr zweifelhaft geworden (Unruhe), und selbst wenn etwas zu haben sei, würde den Leuten, wenn sie jetzt noch ein gutes Jahr weiter arbeiten und den Verpflichtungen nachkommen

sollten, die ihnen in Bezug auf die Eimer und Tonnen gestellt seien, der Athem ausgehen. Es haben deshalb diese Leute erklärt, daß sie nicht weiter arbeiten könnten, und es sei demgemäß auf Lösung des Vertrages Bedacht zu nehmen. Zunächst sollen sie aber bis Oktober gebunden bleiben, abgesehen von der Verpflichtung zur Lieferung der Tonnen, zu deren Beschaffung man sie schwerlich bei ihren Verhältnissen heranziehen könne, die Straßenreinigung in bisheriger Weise weiter zu besorgen und könne inzwischen in Ruhe überlegt werden, wie das Verfahren in Betreff der Verwerthung der Abfuhrstoffe geregelt werden solle. Das Schneemann'sche Verfahren, welches sie zur Grundlage ihrer Offerte machten, sei also noch nicht praktisch erprobt, und die praktische Probe mit diesem Verfahren zu machen, sei der Zweck des Antrags der Deputation, dem der Senat beigetreten sei. Es handele sich selbstverständlich bei diesem Verfahren nicht um eine bloße Chimäre oder ein in der Luft schwebendes Projekt; es sei Schneemann auf Grund der von ihm eingegebenen Beschreibung ein Patent erteilt worden für eine Methode, die Auswurfstoffe der Stadt auf mechanischem Wege völlig geruchlos so zu mischen, daß sie zu ungefähr gleichen Theilen aus Latrineneinhalten, Straßenkehricht, Hauskehricht und Torfstreu bestehen und einen stets gleichmäßig werthvollen Dünger liefern. Das Verfahren sei im Modell wiederholt geprüft worden. Bei dieser Modellprüfung habe sich erwiesen, daß Belästigungen aus der Mischung — eine Lagerung finde überhaupt nicht statt, die Stoffe werden sofort wie sie angebracht werden, frisch mit einander gemischt — nicht entstehen. Ferner sei durch die Untersuchung Seitens der Moorversuchstation festgestellt, daß das Produkt dieses Mischungsverfahrens einen außerordentlich großen Düngewerth habe, und die Deutsche Landwirtschaftliche Gesellschaft, die ihren Ausschuß zur Prüfung des Verfahrens und des Werthes des Produkts beauftragt habe, sei zu dem Resultat gekommen, daß das Mischungsprodukt, das in verschiedenen Formphasen: naß, getrocknet, gepreßt, frisch verfertigt und länger gelagert geprüft sei, einen Werth von *M.* 3.60 bis *M.* 3.83 für 1000 kg habe. Es sei ferner dieser Ausschuß der Meinung, wenn es gelingen sollte, dies Produkt immer in gleich guter Mischung herzustellen, ein ganz vorzügliches und leicht transportables Düngemittel hergestellt werde, und daß sich mit Sicherheit erwarten lasse, daß derartige Dünger bei der beständig zunehmenden Bevölkerung der Moore der Kultur derselben außerordentlich nützen würde. Der Ausschuß fasse das Gutachten dahin zusammen, daß wenn dies Produkt in einer leicht transportablen Form hergestellt werde in der vorgelegten Weise, von der Mischung und dem Verkauf die besten pekuniären Resultate für den Unternehmer und sehr gute Resultate für die Landwirtschaft sich ergeben müssen. Die Deputation und mit ihr der Senat beantragen also, eine Versuchstation zur Erprobung dieses Schneemann'schen Verfahrens. Schneemann habe das Verfahren für die Versuchstation kostenfrei zur Verfügung gestellt, er habe auch gleich im Voraus erklärt, daß er, wenn auf Grund dieses Verfahrens später eine Fabrik eingerichtet werden sollte, einer solchen Fabrik sein Verfahren unter günstigen Bedingungen weiter zur Ausnutzung überlassen werde. Er verlange im

ersten Betriebsjahre gar keine Vortheile, für später fordere er — er habe diese Erklärung bindend abgegeben — unter Zugrundelegung des bestehenden Straßenreinigungsvertrages bei dem den Unternehmern bis zu höchstens 200 000 *M.* staatsseitig gezahlt werden von dem reinen Ueberschuß des Unternehmens in den folgenden zwei Jahren 5 pCt., im vierten und fünften Jahre 10 pCt., im sechsten Jahre 15 pCt., und zum Schluß für die letzten Jahre 20 pCt. des Ueberschusses. (Unruhe.) Die Summe sei garnicht hoch. Angenommen, der Staat betriebe die Straßenreinigung in Regie, und im zehnten Betriebsjahre rechne er als Einnahme auf das Konto Straßenreinigung die 200 000 *M.*, die er jetzt bezahlen müsse, ohne einen Pfennig Vortheil von dem Vertrieb der Abfuhrstoffe zu bekommen, die Fabrik gäbe dann einen Ueberschuß von 100,000 *M.*, so würde der Staat 80,000 *M.* bekommen und Schneemann 20,000 *M.*. Die 80,000 *M.* von den zu zahlenden 200,000 *M.* abgerechnet, hätte der Staat dann die Straßenreinigung für 120,000 *M.* ausgeführt. Er finde nicht, daß dies Exempel zu großer Verwunderung Anlaß geben könne. Es sei unbestreitbar, daß wenn dies Schneemann'sche Verfahren sich in der Versuchsstation bewähre, das ganz außerordentlich wichtige Resultate für uns ergebe. — Schon wenn nur festgestellt werde, daß die Mischung ohne wesentliche Belästigung für die Nachbarschaft stattfinden könne. Damit sei die Platzfrage gelöst, dann könne ein Platz nahe der Stadt gegeben werden, wohin die Sachen ohne besondere Kosten hingefahren werden können, der an der Bahn und am Wasser liege und der insolgedessen sehr günstig für den Abjaß sei. Wenn aber ferner das Produkt der Schneemann'schen Mischung nachgewiesener Maßen einen gleichmäßig guten Dünger gebe, so steigern sich die Vortheile. Während der 2 Versuchsmonate solle selbstverständlich wöchentlich 1—2 mal der Düngerhalt des Produkts geprüft werden, ebenso der des gelagerten Produkts, das auch noch nach Ablauf der 2 Monate untersucht werden könne, so daß man sich bis zum Ablauf des jetzigen Vertrags ein genaues Urtheil über den Werth des Düngers für den Boden gebildet haben könne. Wenn alles dies so ausfalle, wie es von Schneemann vorgelegt sei, seien die 10,000 *M.* vorzüglich angelegt. Sollte aber die Sache in irgend einer Beziehung verkehrt gehen, sollte die praktische Ausführung im größern Maßstabe nicht die guten Resultate ergeben, die nach dem Modellversuch und nach Ansicht der Landwirthschaftlichen Gesellschaft erwartet werden können, so stehen wir so gut und so schlecht wie jetzt, und dann komme diese Ausgabe von 10,000 *M.* gegenüber der großen Summe, die doch jährlich zu verausgaben sei, nicht in Betracht. Deshalb sei die Deputation und mit ihr der Senat der Meinung, daß man die 10,000 *M.* bewilligen und die Untersuchungsstation einrichten sollte. Selbstverständlich müsse dieselbe so untergebracht werden, daß sie nicht vor den Thoren liege. Die Deputation habe als Platz dafür das Areal neben dem Schlachthof bestimmt, welches der Schlachthof gepachtet habe. Er befürchte, da Herr Hafers sich eben zum Wort gemeldet habe, daß hiergegen wieder die Bedenken geltend gemacht werden, die auch jetzt schon gegen die Lagerplätze des Straßenkehrichs in der Stadt erhoben worden seien. Er bitte

dringend, diese Bedenken zu unterdrücken. Es handle sich um einen Versuch. Sei das Verfahren nicht belästigend für die Nachbarschaft und werde dies durch die Versuchsstation bewiesen, so habe die Stadt einen so großen Vortheil, daß man heute im allgemeinen Interesse seine Befürchtungen und mehr als Befürchtungen liegen doch nicht vor, — unterdrücken sollte. Stellen sich aber Belästigungen heraus, so könne die Bretterbude jederzeit abgebrochen werden. Jedemfalls werde sie beseitigt werden nach Ablauf der Versuchszeit von 2 Monaten und etwaige Belästigungen durch dieselbe könnten demnach nicht in Betracht kommen, gegenüber den Vortheilen, die von dem Versuch erwartet werden dürften. Er bitte deshalb im Auftrage des Senats, den Antrag annehmen. (Bravo!)

Herr Böttcher: Seine Ansicht gehe dahin, daß die Bürgererschaft in diesen Falle doch nicht so ohne Weiteres diese Summe bewilligen dürfe. Sollte Bremen diesen großen Nutzen dann haben, den wir uns versprechen, dann freilich sei das Geld nicht fortgeworfen. Im anderen Falle aber müssen wir uns auch versehen, daß Bremen den Nutzen habe und daß wir das Geld nicht etwa für einen Privatmann, sondern für Bremen bewilligen, mit anderen Worten, daß wir uns versehen, daß wir nicht erst Geld bewilligen und später noch extra das Patent bezahlen müssen, was uns sehr theuer kommen könnte. Wir haben die Erfahrung gemacht, gerade bei diesem Herrn Diß, den glaubten wir auch kontraktlich fest verpflichtet zu haben und trotzdem sei er uns davon gegangen, ohne seinen Verpflichtungen nachzukommen. Man müsse sich also auf alle Fälle versehen. Außerdem glaube er, sei der Platz nicht gerade der geeignetste, wenn aber die Schlachthofdeputation und die Anwohner zufrieden seien, sei er es auch. Er möchte aber darauf dringen, daß spätestens bis 1. April die Sachen wieder wegkommen. Er habe aber das Gefühl, wenn es erst stehe, komme es sobald nicht weg und es möchte gehen wie bei den Baracken, die auch schnell wieder fort sollten, aber noch da stehen. Er möchte also, daß dies festgesetzt werde. Uebrigens dünke ihm, das alte Mischverfahren wäre praktischer und billiger. Da wurde einfach der Straßenkehrich und die sog. Aschenback's auf einander geschichtet, dann wieder eine Portion Tonneninhalt und wieder Straßenkehrich und so wurde es gelagert, brannte durch und war ein guter Düngerstoff. Die Neuerung liege wohl hauptsächlich darin, daß jetzt noch eine Schicht Torfstreu dazu komme und außerdem die theure Maschine. Würden wir nun mit den 10,000 *M.* nicht auskommen, so müssen wir natürlich nachbewilligen, wer garantire dann aber, daß wenn wir dies Verfahren eingeführt haben, der künftige Unternehmer nicht das alte billige Verfahren vorziehe? Er möchte ferner noch bemerken, daß auf alle diese Zahlen, die angeführt seien, kein Verlaß sei, in der Praxis mache es sich immer ganz anders, und die Herren, die es durchgemacht haben, würden ihm das wohl bezeugen. Er bitte, dies alles bei der Abstimmung zu berücksichtigen.

Herr Stichnath: Er glaube das Beste wäre, wenn wir heute den Antrag wie die Deputation ihn gestellt, annehmen. (Bravo!) Denn dadurch werden wir endlich

so weit kommen, daß wir eine geregelte Straßenabfuhr bekommen. Es sei ja schon erwähnt, daß die jetzigen Pächter sich alle Mühe gegeben, aber nach seiner Ansicht habe die Deputation nicht ihre Pflicht gethan. Bevor sie verpachtete, hätte sie einen Lagerplatz anweisen müssen, den die Pächter brauchen konnten. Sie haben verschiedene Plätze gehabt, seien aber immer fort gejagt. Er müsse nun aber bei dieser Gelegenheit noch einen Wunsch aussprechen und beantrage, daß die Schneeabfuhr vom 1. Oktober nächsten Jahres ab städtischerseits geschehe.

Es sei überhaupt kein Pächter in der Lage dieselbe zu übernehmen, denn er wisse nicht, ob er viel oder wenig Schnee im Winter habe, entweder lasse er den Schnee liegen oder verdiene zu viel Geld. Er glaube auch, daß die Sache sich einfach regeln lasse (Unruhe), ähnlich wie beim Straßenbau, da werden die Fuhrleute auch aufgefordert zu fahren. Sodann glaube er auch, werde das Armeninstitut sehr entlastet, wenn der Staat den Schnee selbst abfahren lasse, denn es seien augenblicklich mehrere Tausend arbeitslose Leute, die gern arbeiten wollen. Sei aber die Sache in Händen eines Pächters, so gehe der nach der Herberge und hole sich da die Handwerksburschen. Er glaube, wir seien verpflichtet, daß wir unsere Mitbürger mit berücksichtigen. Er bitte nochmals, den Versuch mit einer städtischen Schneeabfuhr zu machen, denn nur dadurch können wir reine Straßen bekommen, sonst stehen wir im nächsten Jahre noch auf demselben Punkte.

Herr Lonke: Das Sprichwort: „Neue Besen kehren gut“, habe sich bei der Straßenreinigung nicht bewahrheitet. Wir haben im abgelaufenen Jahre eigentlich nur dann reine Straßen gehabt, wenn der Himmel ein Einsehen hatte und reichlichen Regen schickte. Er würde dem Konsortium, daß ja nach früher gemachten Mittheilungen alle Garantien für eine bessere Straßenreinigung biete, keinen Vorwurf machen, denn unser Straßenpflaster sei bekanntlich derart, daß unsere Rehrmaschine dafür eine ganz verkehrte Maschine sei, da sie nicht den Schmutz beseitige, sondern vertheile. Das Konsortium habe nun erklärt, es könne den Bedingungen nicht nachkommen und die Deputation für die Straßenreinigung habe eine neue Submission ausgeschrieben, allerdings ohne Senat und Bürgerschaft über den Termin zu befragen. Senat und Bürgerschaft haben beschlossen, diese Bedingungen bis 1901 gelten zu lassen, während sie nach der Ausverdingung bis 1902 gelten sollen. Das sei ein Fehler, der sich ja noch wieder gut machen lassen werde. Aus dem Berichte habe ihn übrigens ein Satz in Verwunderung gesetzt, nämlich der, daß die Kapitalkraft sich zurück gezogen habe. Man Frage sich, weshalb denn? Das Geschäft wurde ja derzeit als ein ungeheurer lukratives dargestellt. Er könne nicht begreifen, wie bei einem solchen Unternehmen ein Herr dann erklären könne, die durch einen hiesigen Bevollmächtigten eingegangenen Bedingungen habe er nicht genehmigt. Er meine, die Deputation hätte sich erkundigen müssen, ob der Bevollmächtigte auch wirklich Vollmacht hatte und nicht auf Ungewisses hin einen Kontrakt abschließen, der uns dahin geführt habe, wo wir jetzt seien; er möchte sagen, die Karre sei in den Dreck gefahren, und es komme darauf an, sie herauszuholen, und dazu

solle nun das Schneemann'sche Patent dienen. Die Einrichtung sei ihm unbekannt, und er habe auch nichts dagegen wenn der Staat einer Erfindung zu Hülfe komme, die vielleicht im Interesse des Staats mal fungiren könne. Es komme aber dann dabei in Frage, was, wenn das Patent sich bewähre, dem Patentinhaber dafür werde, und er erinnere daran daß am 11. Februar vorigen Jahres, als hiervon die Rede war, die Ansichten ungeheuer auseinander gingen. Nach der Vereinbarung sollte der Patentinhaber 75,000 M. per Jahr haben, der Herr Senats-Kommissar hielt das für einen Schreibfehler und hielt selbst 7,500 M. noch für reichlich. Ob dieser vermeintliche oder wirkliche Schreibfehler vielleicht Herrn Diß veranlaßt habe, sich zurückzuziehen, wisse er nicht, uns seien ja die Gründe nicht mitgetheilt, ebenso seien der Bürgerschaft, bis jetzt nicht die Bedingungen mitgetheilt die die Deputation getroffen habe. Es heiße am Schlusse des Berichtes: „Ueber die Ausnutzung des Schneemann'schen Patents für die Versuchstation und für die demnächstige Pachtperiode, sowie über die Lieferung der Fäkalien und des Straßen- und Hausunraths für die Station hat die Deputation die nöthigen Vereinbarungen vorbereitet.“ Er meine, ehe die Bürgerschaft diese 10,000 M. bewillige, vorbehaltlich einiger Nachbewilligungen, sollte ihr Gelegenheit gegeben werden, von den Bedingungen Kenntniß zu nehmen, unter denen demnächst dies System in Anwendung gebracht werden könne, und beantrage er daher:

Die Bürgerschaft setze ihre Beschlußfassung über diesen Gegenstand aus, bis der Senat die zwischen der Deputation und dem Patentinhaber getroffenen Vereinbarungen mitgetheilt hat.

Er bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Herr Senatskommissar Senator Schulz: Es handele sich heute um Bewilligung der Versuchstation und auf Basis der Erfahrungen, die in der Versuchstation gemacht werden sollen, solle demnächst ein Vertrag abgeschlossen werden. Für welchen Zeitraum ein Vertrag abgeschlossen werden solle, werde selbstverständlich der Bürgerschaft und dem Senate berichtet, ebenso wie von der Deputation an Senat und Bürgerschaft berichtet werde, wenn neue Bedingungen zu treffen seien, die für den demnächstigen Vertrag in Frage kommen. Es sei ja nicht gesagt, daß der demnächstige Vertrag dahin gehe, daß das Schneemann'sche Verfahren obligatorisch gemacht werden solle für irgend einen Unternehmer. Es werde durch diese Untersuchungsstation nur festgestellt werden, ob sich Dünger in Bremen aus den Produkten der Straßenreinigung, des Hausunraths und des Latrineneinhalts, geruchlos oder doch ohne Belästigung herstellen lasse und ob das Produkt einen solchen Werth habe, daß demnächstige Submittenten eine bessere als die bisherige Basis für ihre Rentabilitätsberechnung haben. Alles Uebrige bleibe vorbehalten. Auch sei selbstverständlich vorzubehalten und demnächst der Bürgerschaft mitzutheilen, weshalb und auf welche Motive hin der Unternehmer Diß seinen Verpflichtungen nicht nachkommen wolle. Entlassen sei Diß bisher nicht, im Gegentheil, er sei von seinen Genossen verklagt und die Deputation habe ihm gegenüber ihr volles Recht gewahrt. Redner habe nur heute schon die unangenehme Thatsache

andenten wollen, daß wenn Diß herangezogen werde, was nach seiner juristischen Ueberzeugung garnicht zweifelhaft sei, von ihm doch nichts zu haben sein werde. Diß habe als Referenzen für seine Zahlungsfähigkeit der Deputation Banquiers aufgegeben, die derselben die Versicherung gaben, daß der Mann für die in Betracht kommende Summe gut sei. Es habe sich aber bei den späteren Erörterungen herausgestellt, daß diese Versicherung der Banquiers, (die Namen können auch demnächst angegeben werden), wengleich sie vollkommen auf gutem Glauben beruhten, doch deshalb nicht zutreffen, weil das Vermögen von Diß demselben nicht allein gehöre, sondern auch seiner Frau, die in früheren Fällen mit Erfolg intervenirt habe. Es sei also immer bedenklich, dem Herrn gegenüber Ansprüche auf Zahlungen zu erheben, da man nicht wisse, wohin die Sache führe. Das habe aber mit der Untersuchungsstation nichts zu thun, die solle nur die Grundlage dafür geben, welcher Erlös aus den bremischen Unrathstoffen zu ziehen sei, damit bei demnächstiger Ausverdingung die Unternehmer irgend eine rechnerisch nachweisbare Unterlage haben. Die Deputation hoffe, daß dann bei demnächstiger Submission die Forderungen günstiger sein werden, als zur Zeit.

Herr Hafers: Ueber die Bewilligung der 10,000 M. werde die Bürgerschaft sich wohl schlüssig sein, obgleich er zu dem Projekte des Herrn Schneemann bislang sehr wenig Vertrauen haben könne. Was die Platzfrage betreffe, so möchte er die Bürgerschaft doch bitten, sich das wohl zu überlegen, ob in nächster Nähe, im Berichte stehe allerdings in genügender Entfernung, aber die Entfernung sei nicht anders geworden.

Die Entfernung sei keine große, und er möchte die Bürgerschaft bitten, den vorgeschlagenen Platz abzulehnen. Es finde sich wohl ein anderer. Er mache darauf aufmerksam, daß zum Theil die Stoffe nach Amsterdam abgefahren werden. Man sollte aber nicht in nächster Nähe des Schlachthofes das Schneemann'sche Projekt zum Probirstein mit diesen Stoffen machen. Er möchte etwas zurückgreifen. Als die Debatte über die Einrichtung eines Lagerplatzes für die Unrathstoffe in der Bürgerschaft stattfand, sei dringend gewünscht worden, es möchte der Platz auf dem Schlachthofe von diesen Stoffen geräumt werden. Das sei geschehen; jetzt aber werden bei hellem Tage ganz in der Nähe die Tonnen ausgeschüttet. Allerdings sei das preussisches Grundeigenthum, aber er meine, daß die Polizeidirektion dagegen einschreiten sollte, daß gerade gegenüber dem Schlachthofe und der Markthalle solches geschehe. Er möchte die Herren, welche daran zweifeln, bitten, sich von der Thatfache zu überzeugen. Er ersuche also die Bürgerschaft, diesen Platz für die Versuchstation abzulehnen, und möchte den Wunsch aussprechen, daß der Herr Senatskommissar als Polizeidirektor dafür Sorge, daß baldmöglichst die großen Haufen von Unrathstoffen aus der Nähe des Schlachthofes beseitigt würden und dieser nie wieder damit belästigt werde.

Herr Struckmann: Die Bürgerschaft sollte sich bei dieser Gelegenheit an die frühere Debatte über diesen Gegenstand erinnern. Die Deputation für die Gassenreinigung hatte damals empfohlen, die Gassenreinigung dem bekannten Konsortium zu übertragen. Sollen wir nun, nachdem die

Sache mit diesem fehlgeschlagen, das Experiment mit dem Schneemann'schen Verfahren noch einmal machen? Er sei fest überzeugt, wenn die Sache ertragsfähig und mit dem Schneemann'schen Patent etwas zu machen wäre, dann hätten sich gewiß schon zehn Maschinenfabriken gefunden, welche das Patent ausgeführt und Maschinen angefertigt hätten, die in anderen Städten dann mit großem Vortheile hätten verwerthet werden können. Er sei auch der Meinung, daß wenn wir mit dem Schneemann'schen Patent einmal anfangen, wir mit 10 000 M. nicht ausreichen werden, sondern jedenfalls weiter werden in die Tasche greifen müssen. Er meine, es hätte einfach noch einmal ausgeschrieben werden sollen, es werde ein Gassenreinigungspächter gesucht. Was ein Privatunternehmer leiste, könne der Staat gewiß nicht leisten. Man denke sich, es solle eine Versuchstation eingerichtet werden, eine Lokomobile müsse beschafft werden, es werde eine solche nach einem Modell in Auftrag gegeben, und eine Maschinenfabrik übernehme die Lieferung. Nun stelle es sich vielleicht heraus, daß die Sache nicht recht gehe, daß dies oder jenes nicht passe, dann komme man mit einer Nachbewilligung. Er möchte daher warnen, auf den Vorschlag der Deputation einzugehen. Lieber wäre es ihm, wenn nochmals eine Submission ausgeschrieben werde, und man dann einen leistungsfähigen Pächter nehme.

Herr Senator Schulz: Er habe die von Schneemann gestellten Bedingungen wörtlich vorgelesen und könne die betreffende schriftliche Erklärung Schneemanns auf den Tisch des Hauses niederlegen. Für den Fall, daß demnächst der Staat oder ein neuer Unternehmer das Schneemann'sche Patent auszunutzen wünsche, stelle Schneemann dasselbe unter folgenden Bedingungen zur Verfügung: Für das erste Betriebsjahr verlange er nichts, in den folgenden zwei Jahren berechne er vom reinen Ueberschuß 5 pCt., in den beiden dann folgenden Jahren 10 pCt., im fünften und sechsten Jahre 15 pCt. und für die letzten Jahre der neuen Pachtperiode 20 pCt. Als Unterlage für die Einnahme sei eingestellt die Summe, welche nach dem jetzigen Vertrage dem Unternehmer bezahlt werde und der Erlös aus den Fäkalien, während als Ausgabe berechnet werde alles, was für die Straßenreinigung und diese Fabrik ausgegeben werde. Es sei dann noch die Bestimmung hinzugefügt, daß wenn in den ersten Jahren Schaden gemacht werde, eine Berechnung von Vortheil für Schneemann nicht eher eintrete, als bis dieser Schaden ausgeglichen sei.

Herr Bergfeld: Wir sitzen mit dieser ganzen Angelegenheit unserer Abfuhr in einem Dilemma, und es handle sich nun darum, auf praktische Weise die Sache anzufassen und zu einem guten Ende zu führen. Die Einführung des Tonnenystems habe unzweifelhaft für uns ein großes Interesse und außerordentliche Vortheile sowohl in Beziehung auf die Gesundheit wie auf die Reinlichkeit. Dieses System müssen wir festhalten. Nun sei aber die Verwerthung der Fäkalien äußerst schwierig und vielleicht eine Unmöglichkeit, wenn wir in bisheriger Weise fortfahren. Dafür habe eben Herr Hafers den Beweis geliefert, wenn er klagte, auf dem Schlachthof lägen so viele Exkremente. Wenn wir nun wissen,

daß wir für die Abfuhrstoffe nur dann Verwerthung finden, wenn sie so verarbeitet werden, daß sie leicht transportfähig und auf der Eisenbahn befördert werden können, und wenn wir ferner wissen, daß dafür unsere bisherige Methode, — die Herr Böttcher beizubehalten vorschläge, — nicht geeignet sei, dann sollten wir uns entschließen, um womöglich aus diesem Dilemma herauszukommen, auf den Vorschlag der Deputation einzugehen und die 10000 *M.* für die Einrichtung einer Versuchsstation zu bewilligen. Das sei nach seiner Ueberzeugung das einzig Mögliche, was die Bürgerschaft unter den obwaltenden Umständen thun könne. Sagen wir, wir wollen das nicht, so kommen wir nicht weiter. Was das Schneemann'sche Patent und die von Herrn Senator Schulz vorgelegte Abmachung betreffe, so sei der Antheil bis zu 20 pCt. vom Reingewinn allerdings etwas viel. (Widerspruch.) Wenn der Patentinhaber bis zu 15 pCt. ginge, so würden wir vielleicht unter günstigeren Bedingungen mit einem Unternehmer abschließen können. Jedenfalls aber sollten wir, ehe wir definitiv Beschluß fassen über die Sache, eine bindende Erklärung des Patentinhabers haben. Wie Herr Senator Schulz sage, sei es nur eine Offerte desselben, sodaß, wenn die 10000 *M.* bewilligt seien und die Sache sich gut mache, Schneemann immerhin sagen könnte, jetzt könne er die Offerte nicht mehr einhalten. Redner möchte deshalb beantragen,

die 10000 *M.* nur zu bewilligen unter der Bedingung, daß die Offerte Schneemanns eine bindende sei.

Wenn wir unter dieser Bedingung die Summe bewilligen, so geschehe es im Interesse unseres ganzen Abfuhrwesens. Herr Stichnath sage, die Schneeabfuhr möge der Staat übernehmen. An sich sei es allerdings ein Ünding, einem Unternehmer etwas aufzuerlegen, was er nicht erfüllen könne, aber die Sache liege so, daß wenn der Staat die Abfuhr einem Unternehmer übergebe, dieser auch für die Schneeabfuhr sorgen müsse, oder der Staat müsse die ganze Abfuhr selbst in die Hand nehmen. Sonst müßte der Staat ein ganzes Heer von Beamten für die Schneeabfuhr halten.

Herr Below beantrage
Schluß der Debatte.

Herr Bruns: In der Vorlage sei nichts darüber enthalten, wer über die Ergebnisse der anzustellenden Versuche entscheiden solle. Er beantrage daher,

den Beschluß dahinzufassen, daß kompetente Personen dafür ernannt werden sollen,

und möchte als solche empfehlen den Direktor der Moorversuchsstation und außerdem die Herren Alfes und Zuppe. Ferner beantrage er,

unter keinen Umständen diese Versuchsstation in der Nähe des Schlachthofs zu errichten,

nicht des Schlachthofs wegen, sondern weil der Patentinhaber auf dem Schlachthof wohne. Jedenfalls gehen wir sicherer, wenn die Versuchsstation in der Nähe der Moorversuchsstation angelegt werde, wo dieselbe unter der Kontrolle eines Beamten stehen würde.

Herr Senator Schulz: Es sei selbstverständlich, daß die Deputation, wenn ihr die Kosten für die Station überwiesen werden, dieselbe so einrichten werde, daß sie unter sachverständiger Leitung stehe. Ebenso selbstverständlich sei es, daß die Produkte der Versuchsstation nach wie vor von Sachverständigen untersucht werden. Er habe sich nur zum Wort gemeldet, um dem Motive, welches Herrn Bruns zu seinem Antrage, die Versuchsstation nicht in der Nähe des Schlachthofs anzulegen, geführt, entgegenzutreten. Es handele sich um das Patent von Schneemann. Wollte man nun von vornherein sagen, Schneemann dürfe sich um die Versuche nicht bekümmern, dürfe nicht nachsehen, ob seine Maschinen richtig aufgestellt, ob die Mischung richtig sei, dann könnte man auf die Versuche nur lieber ganz verzichten.

Herr Huchting: Er möchte bitten, den Schluß noch nicht zu beliben. Der Herr Senatskommissar habe das Gutachten des Landwirtschaftsraths in Berlin citirt, aber nicht die Mischung angegeben, welche dieser wünsche. Soviel Redner bekannt geworden, könne der Straßennrath bei dem Patent von Schneemann nicht verwendet werden. Ferner habe er gehört, daß das Patent von Schneemann nicht mehr zu Recht bestände, indem die dabei zuerst angewendeten Maschinen für die Ausführung als nicht geeignet sich erwiesen hätten, sondern andere Maschinen verwandt werden müßten, die nicht in dem Patent vorgesehen seien.

Herr Stichnath änderte seinen Antrag dahin ab, daß die Deputation beauftragt werde, über die Schneeabfuhr zu berathen und zu berichten.

Herr Depken ersuchte, den Schluß noch nicht zu beliben. Es sei eine ganze Reihe von Gründen gegen den Antrag geltend gemacht, welche in der Debatte noch beleuchtet werden müßten.

Herr Below zog seinen Antrag auf Schluß zurück.

Herr Strube: Zur thatsächlichen Aufklärung möchte er Herrn Bruns erwidern. Dieser spreche von der Moorversuchsstation und deren Beamten, als wenn wir in der Bürgerschaft und dem Senate Bremens irgend etwas damit zu thun hätten. Es sei ein preussisches Institut und werde von preussischen Beamten verwaltet. Was die Herren für uns thun, sei Gefälligkeit.

Herr Schilling: Er möchte an den Herrn Senatskommissar die Anfrage richten, ob auch für die Zeit nach Ablauf der 10 Jahre, für welche der Vertrag abgeschlossen, mit Schneemann etwas vereinbart sei.

Herr Debbe: Herr Strube irre. Redner habe jetzt gerade die neuen Anordnungen im Hause, welche für die Arbeiten der Moorversuchsstation maßgebend seien. Darnach habe diese alle die Arbeiten auszuführen, welche im Interesse der Landwirtschaft liegen, und da dies bei der vorliegenden Sache in hohem Grade der Fall sei, so könne sie sich garnicht weigern, die Analysen auszuführen. Sie lasse sich die Arbeiten natürlich bezahlen.

Herr Synd. Dr. Boisselier nahm den Antrag auf Schluß der Debatte wieder auf. Herr Depten meine, es wäre noch Mancherlei zu sagen. Redner glaube aber, das, was Herr Depten und andere Herren eventuell noch vorzutragen hätten, beziehe sich nicht auf den Gegenstand, welcher heute zur Debatte stehe. Es handle sich jetzt nicht um die Bremische Straßenreinigung und deren beste Organisation, sondern darum, ob die Bürgerschaft 10 000 M. bewilligen wolle, welche die Deputation verlange, damit sie eine ordentliche Unterlage für weitere Verbesserungen auf dem Gebiete der Straßenreinigung bekomme. Dieser Punkt aber sei durch die Debatte wohl längst erschöpft.

Herr Ordemann erklärte sich für den Schluß.

Herr Huchting: Er könne ebenfalls für den Schluß sein, denn er glaube, wir wissen, daß wir in unserm Staat nicht 10 000 M. zur Ausbeutung und zum Nutzen eines fremden Patents bewilligen können. Das wäre wenigstens ein Novum, welches noch nie geschehen. (Oho!)

Herr Below: Er habe den Antrag auf Schluß der Debatte zurückgezogen, weil er gehört, daß Herr Depten, welcher in solchen Fragen für die Bürgerschaft als Sachverständiger gelte, sich zum Wort gemeldet habe. Er bitte deshalb Herrn Depten noch zu hören.

Herr Bruns: Die Herren Strube und der Senatskommissar hätten seine Aeußerung über die Lage der Versuchsstation als persönliche Animosität gegen den Schlachthofdirektor aufgefaßt. Das sei ein Irrthum. Er wolle nur vollständig sicher stellen, daß die Beurtheilung eine unparteiische sei. Wir haben es nicht allein zu thun mit einer Ausgabe von 10 000 M., sondern, wenn die Versuche nur halbwegs gelingen, dann kommen erst die großen Ausgaben für die Anlage u. s. w. Da sollte man vorsichtig sein. Gegen den Patentinhaber habe er nichts.

Der Schluß wurde beliebt.

Herr Bartels als Referent: Er wolle nur noch einige Bemerkungen machen. Herr Böttcher meine, die Unrathstoffe könnten nur einfach zusammen geworfen werden. Darum handele es sich aber nicht allein, sondern auch um die Leerung und Reinigung der Kübel. Durch die Versuchs-

station solle im Kleinen ausgeführt werden, was man später, wenn die Versuche gelingen, zu thun gedenke. Herr Stiehnath bemerke, der Lagerplatz müßte dem Unternehmer vom Staat angewiesen werden. Das habe Redner schon immer befürwortet. Ferner habe er der Bürgerschaft früher wiederholt dringend ans Herz gelegt, man möchte die Schneeabfuhr nicht mit der Straßenreinigung verquicken. Die Bürgerschaft habe es aber so gewollt. Es freue ihn, daß Herr Stiehnath die Sache wieder zur Sprache gebracht habe. Dann sage Herr Lonke, die Kehrmachine taue nicht. Ja, wenn man im Winter die Gaslaternen theilweise schon um 11 Uhr auslösche, können die Leute den Kehricht nicht sehen. Sodann müsse er noch bemerken: einerlei, ob die Moorversuchsstation ein bremisches oder ein preussisches Institut sei, sie werde jeden Augenblick aufs bereitwilligste die Untersuchung vornehmen. Er bitte, die Summe für die Versuchsstation zu bewilligen.

Bei der Abstimmung wurde zunächst der Antrag des Herrn Lonke abgelehnt, dann das Amendement des Herrn Bergfeld zum Deputationsantrage, sowie das Amendement des Herrn Bruns wegen der Kontrolle der Untersuchungen angenommen, das andere Amendement des Herrn Bruns abgelehnt und so amendirt der Antrag der Deputation angenommen. Desgleichen wurde der Antrag des Herrn Stiehnath angenommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

Wahl einer Kommission betr. Verbrauchssteuer.

Es war hierzu von den Herren Dr. Adami, Debbe u., folgender Antrag eingereicht:

Die Bürgerschaft hat eine Kommission niedergesetzt, um die Frage zu prüfen, ob die Erhebung unserer indirekten Verbrauchssteuern und Weggelder an den Stadtgrenzen nicht einer gründlichen Reform bedürfe, und auch darüber zu beraten, ob sich die Aufhebung der Verbrauchsabgabe nicht empfehle, und wünscht bei der Verhandlung dieses Gegenstandes eine kommissarische Vertretung des Senats.

Derselbe wurde angenommen.

Schluß der Sitzung gegen 8³/₄ Uhr.

1800

1801

1802